

Antrag
der Fraktion der SPD

Berufssport

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, baldmöglichst Vorschläge zu unterbreiten, wie eine eindeutige vereinsrechtliche und steuerrechtliche Trennung zwischen den ideellen und gemeinnützigen Sportvereinen sowie dem berufsmäßigen und gewinnorientiert betriebenen professionellen Sport erreicht werden kann.

Dies betrifft vor allem eine Neufassung der Bestimmungen der §§ 51 ff. und 68 der Abgabenordnung mit dem Ziel, daß die bisherige steuerrechtliche Verbindung zwischen dem gemeinnützigen Sportverein und der sogenannten Lizenzspielerabteilung nicht mehr möglich ist.

Ferner wird die Bundesregierung gebeten, zu prüfen

- in welcher Rechts- und Gesellschaftsform (z. B. GmbH) der professionelle Sport in Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland organisiert werden kann,
- wie die steuerrechtlichen und bilanzrechtlichen Bestimmungen geändert werden müssen, um zu verhindern, daß Berufssportler bilanzmäßig als Betriebskapital bewertet und bei der Verschuldung der Clubs an Gläubiger, z. B. Banken, verpfändet werden können.

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Deutschen Bundestag bis zum 15. Oktober 1988 einen entsprechenden Bericht zuzuleiten.

Bonn, den 15. Juli 1988

Dr. Vogel und Fraktion

